

DIE ARBEITSWELT VON MORGEN

Ausbildung im Jahr 2025

Zukünftig wird in anderen Kontinenten der Welt die Bevölkerung wachsen, aber nicht in Europa und insbesondere nicht in Deutschland. Der demographische Wandel wirkt dabei unmittelbar auf die Erwerbstätigenstruktur und hat gravierende Auswirkungen auf das berufliche Bildungssystem. Forscher der Prognos AG entwickelten hierfür zukunftsweisende Szenarien.

Der fortschreitende wirtschaftliche Strukturwandel prägt die beruflichen Bildung und eine Arbeitswelt von morgen, in der immer mehr Menschen in so genannten Dienstleistungsberufen tätig und kaum noch mit der Herstellung von Waren beschäftigt sind. In einer globalisierten Welt werden interkulturelle Kompetenzen immer wichtiger: Nur, wer die Welt kennt, hat künftig eine Chance, in ihr sein Auskommen zu finden. Jugendliche werden deshalb immer häufiger ihr Heimatland vorübergehend verlassen, um im Ausland wichtige Erfahrungen zu sammeln.

Kleiner - schneller – älter

Die demographische Entwicklung wird dafür sorgen, dass es in einer insgesamt viel kleineren deutschen Bevölkerung deutlich mehr alte Menschen geben wird als heute – und sehr viel weniger junge. Wenn der Wohlstand erhalten bleiben soll, werden diese Wenigen viel mehr leisten müssen. Die Welt wird immer technischer und immer schneller, das übt schon heute einen ungeheuren Leistungsdruck aus. Nur wer mit ständiger Aus- und Weiterbildung Schritt halten kann, hat die Aussicht auf berufliches Weiterkommen.



Ausbildung in Schulen soll verbessert werden

(Foto: Pixelio)

Der Staat will den Blick "in die Glaskugel"

In einer aktuellen Studie der Prognos AG im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung waren diese allgemeinen Trends die Grundlage, Auswirkungen von demographischen Entwicklungen auf die berufliche Ausbildung genauer zu untersuchen. Ein wichtiges Ziel war es, Szenarien des Berufsbildungsmarktes im Zeitraum 2016 bis 2025 für Deutschland zu skizzieren.

Ergänzend zu den allgemeinen Trends unterstellten die Forscher in ihrer Studie für „Deutschland im Jahre 2025“ Folgendes:

- die Wirtschaftsleistung, gemessen am BIP zwischen 1,2% und 1,4% steigt weiter an, bleibt aber ohne große Dynamik;
- die Zahl der Erwerbspersonen geht auf rund 40,9 Mil-

lionen zurück;

- die Arbeitslosenquote sinkt auf etwa 6,9%;
- dem Ausbildungsmarkt stehen weniger junge Leute zur Verfügung als je zuvor.

Was wäre, wenn ... ?

Mithilfe von Trendanalysen und Befragungen entwickelten die Forscher verschiedene Szenarien:

- Was ist, wenn es tatsächlich mehr Ausbildungsbedarf als geeignete Bewerber gibt?
- Was wird geschehen, wenn es sich umgekehrt verhalten sollte?
- Und was geschieht eigentlich, wenn im Jahre 2025 das Angebot und die Nachfrage beruflicher Bildung in einem ausgewogenen Verhältnis stehen sollten?

Klar ist: Wenn immer weniger Kinder und Jugendliche in das berufliche Ausbildungssystem hineinwachsen, geht die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zurück. Der Nachfrageüberhang von heute, der längst nicht allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anbietet, würde bis 2025 abgebaut und die Ausbildungsplatzlücke somit geschlossen. Mit der fortschreitenden Globalisierung eröffnen sich für Jugendlichen mit guten Fremdsprachenkenntnissen jedoch ganz neue Ausbildungsmärkte im europäischen Umland. Die internationale Mobilität steigt. Ein Wettbewerb der Berufsausbilder um die besten jungen Köpfe beginnt..

Sinkende Ausbildungs- und Übernahmequoten

Die wirtschaftliche Dynamik reicht nicht aus, um das Ausbildungsengagement der Betriebe nachhaltig zu steigern. Da das Wirtschaftswachstum auch unmittelbar mit der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze verknüpft ist, sinken neben den Ausbildungs- auch die Übernahmequoten. Ausbildung im Jahr 2025 bedeutet hier für die Unternehmen eine hohe finanzielle Belastung, die sie immer seltener zu stemmen bereit sein werden.

Deshalb gehen die Unternehmen dazu über, vorhandene Personalressourcen besser zu nutzen als bisher, z.B. durch eine altersgerechte Personalpolitik. Es werden zunehmend Wege gesucht, ausgezeichnete ältere Fachleute zum Wohle der Betriebe zu erhalten.



In der Ausbildung soll die berufliche Mobilität der Jugendlichen verbessert werden

(Foto: Pixelio)

Fortsetzung auf Seite 4

EUROPAHEUTE

Nach der Enttäuschung über die geringe Wahlbeteiligung vor allem in den osteuropäischen Ländern flammt die Debatte über ein Europa der zwei Geschwindigkeiten wieder auf.

Seite 2

Eine Strategie für die Donau-Anrainer ist aus der Taufe gehoben worden

Seite 3

EDUCATION

Wo lernt man wie Lernen? Und was können wir von anderen lernen? Eine Pisa-Schau.

Seite 5

Erasmusstudenten entern spanische Universitäten. Ausländer bevölkern die spanische Hochschulen, die Spanier gehen aber nicht ins Ausland. Eine Fallstudie an der Universität von Málaga und eine Erklärung des Erasmus-Programms

Seite 6+7

Wissenschaft: Jetzt forschen, später profitieren

Seite 8

Nachrichten Seite 2

Meinung Seite 4

Bildung+Forschung Seiten 4-8

Termine Seite 8

Impressum

The European Circle Publishing UG (handelsbeschränkt)
Theustraße 2, 22767 Hamburg
Telefon: 040/22817596-0 Fax: -9
www.european-circle.de
redaktion@european-circle.de
V.i.S.d.P.: Egon Huschitt

NACH DER MÄSSIGEN WAHLBETEILIGUNG

Europa der zwei Geschwindigkeiten?

Das neue Europäische Parlament hat sich konstituiert, die Fraktionen haben sich gefunden, die Arbeit kann beginnen. Gleichwohl ist zur Mitte des Jahres 2009 ein leichtes Unbehagen geblieben, latente Enttäuschung. Denn die Basis, auf der das europäische Parlament arbeitet, hat sich erneut verringert, und es herrscht eine gewisse Kluft zwischen den Menschen in den 27 Mitgliedstaaten.. Von Klaus Schwahn

Die Wahlbeteiligung hat sich insgesamt um 1,3 Prozentpunkte auf 43,1 Prozent reduziert, und im Vergleich der einzelnen Länder gibt es gravierende Unterschiede. Wahlbeteiligungen wie in der Slowakei (19,6 Prozent), Litauen (21,0 Prozent) oder Polen (24,5 Prozent) verdeutlichen eine Kluft, die eine alte Forderung wieder hat aufleben lassen: Es geht um das „Europa der zwei Geschwindigkeiten“.



In der Slowakei lag die Wahlbeteiligung nur bei 19,6 Prozent (Foto: Pixelio)

Das ist, mit anderen Worten, der Ruf nach einem „Kerneuropa“, in dem Länder kooperieren können, ohne von anderen blockiert zu werden, die ihre europäischen „Schulaufgaben“ bislang nur unzureichend gemacht haben. Diese politischen Überlegungen, und das bestärkt die Verfechter, ist indessen auf einigen Politikfelder in Europa längst Realität, wie Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit zeigen.

Europa der Egoisten?

Es ist nur zwei Jahre her – es war in den Tagen nach dem seinerzeitigen Brüsseler Gipfel unter der Leitung der EU-Ratspräsidentin Angela Merkel. Da machte sich ziemlicher Ärger darüber breit, mit welcher Chuzpe Staaten wie Polen und Großbritannien ihre Interessen vertraten und den Entwurf für den EU-Verfassungsvertrag zerfledderten. Der damalige italienischen Ministerpräsident Roman Prodi, ehemals EU-Ratspräsident, sprach seinerzeit laut aus, was etliche seiner Kollegen dachten, aber aus diplomatischen Gründen, der äußeren EU-Einheit wegen, nicht auszusprechen wagten: Europa brauche zwei Geschwindigkeiten, sagte Prodi im Zorn, und müsse sich teilen. Staaten, die „europäisch“ mehr wollten, müssten ungehindert voranschreiten können. Nach seiner Auffassung waren seinerzeit die Interessenunterschiede zu groß, das Interesse in der Bevölkerung einige EU-Staaten zu gering, um Großprojekte auf den Weg zu bringen. Eine kleine Minderheit könne vorschreiben, was gehe oder nicht. Es war seinerzeit kaum überraschend, dass ein anderer eingeschworener Europäer, Luxemburgs Premier Juncker, anschließend ins gleiche Horn stieß.

Kerneuropa mit Sogwirkung

Beider Vorstellungen waren nicht neu. Schon vor jetzt 15 Jahren, 1994, hatten die beiden deutschen Christdemokraten, nämlich Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und der Außenpolitiker Karl Lamers die Idee eines „Kerneuropa“ in einem

Papier skizziert, das beider Namen trägt. Sie formulierten es so: „Ein Kern von integrationswilligen Staaten schreitet voran. Ihr Erfolg entfaltet eine Sogwirkung auf andere Staaten, die später nach-



Wolfgang Schäuble entwickelte die Idee eines Kerneuropas schon 1994 (Foto: Wiki)

ziehen“. Sie benannten seinerzeit auch die Staaten, die ein solches, Sogwirkung bewirkendes Kerneuropa bilden könnten: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Luxemburg. Aber auch Irland, Finnland, Belgien und Österreich könnten „in wirtschaftlichen Fragen vorausdenken“. So sah das Schäuble-Lamers-Papier einen letztendlich positiven Sinn im „Europa der zwei Geschwindigkeiten“.

Europa der Extrawürste

Ohne dass es offen ausgesprochen wurde, waren in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten unterschiedliche europäische Geschwindigkeiten längst Realität geworden. Denn immer wieder blieben Staaten stehen, wenn andere vorausgingen. Großbritannien unterschrieb im Jahr 1993 das Sozialprotokoll nicht, das Arbeitnehmerrechte in der EU festschrieb. London, Stockholm und Ko-

penhagen blieben dem Euro freiwillig fern. Und dem Schengener Abkommen, das freies Reisen erlaubt, traten zunächst nicht alle Staaten bei. Auch die Grundrechtscharta war kein Projekt aller Staaten; so setzte London durch, dass sie nicht das britische Haus erfasste. Zahlreiche Richtlinien, beispielsweise in der Umweltpolitik, enthalten Ausnahmeregelungen, weil sie nur für bestimmte Staaten gelten.

Verantwortung der Medien

Spötter sagen, das europäische Haus enthalte zahlreiche Notausgänge. Im Sommer 2009 zeigte sich der (scheidende) Präsident des Europaparlaments, der Deutsche Hans-Gert Pöttering, enttäuscht über die Wahlbeteiligung.



Durch kontinuierlichere Berichterstattung könnte die Wahlbeteiligung steigen (Foto: Pixelio)

Aber er setzt offenbar auf Sogwirkungen und somit auf eine bessere Zukunft. Man müsse sichergehen, dass beispielsweise die Medien in den kommenden Jahren kontinuierlich über die Arbeit des Europaparlaments berichten. Dann sei er sicher, dass die Wahlbeteiligung – damit die Zustimmung zu Europa – in 2014 steigen werde.

NACHRICHTEN

Seit der Wirtschaftskrise ist die Arbeitslosenquote in der Europäischen Union stark gestiegen. Davon betroffenen sind insbesondere Jugendliche: Im ersten Quartal 2009 stieg die Quote der 15- bis 24-Jährigen auf 18,3 Prozent an. Damit lag sie deutlich höher als die Gesamtarbeitslosenquote von 8,2 Prozent. In den 27 EU-Staaten waren damit fünf Millionen Jugendliche arbeitslos.

EU-Kommissar Joe Borg, der Bestseller-

autor Frank Schätzing und der Meeresforscher Hans Hass erhalten in diesem Jahr den schleswig-holsteinischen Elisabeth-Mann-Borgese-Merespreis. Der Preis wird an Menschen verliehen, die auf die Bedeutung der Meere aufmerksam machen.

Henning Mankell wird im September die ersten zwölf Autoren mit dem neuen EU Literaturpreis auszeichnen. Der Preis wurde gestiftet von der EU-Kommission, dem

Europäischen Buchhändlerverband, dem Europäischen Schriftstellerkongress und dem Europäischen Verlegerverband. Der für Bildung und Kultur zuständige Kommissar Ján Figel erklärte: „Mit diesem Preis werden herausragende europäische Literaturtalente und das, was sie zu bieten haben, ins Rampenlicht gerückt. So soll die Arbeit von noch nicht so bekannten Autoren aus den Bücherregalen geholt und den Menschen in ganz Europa näher

gebracht werden.“

Der Weg ist frei für eine neue Generation von Mobilfunkdiensten in Europa: Die 27 EU-Staaten haben die Nutzung des 900-Megahertz (MHz)-Bandes für weitere Dienste freigegeben. Sie müssen lediglich mit dem GSM-Netz vereinbar sein. Dies ist beispielsweise bei UMTS (Universal Mobile Telecommunications System), dem Mobilfunkstandard der dritten Generation, der Fall.

DONAUSTRATEGIE AUS DER TAUFGE GEHOBBEN

Das blaue Band Europas

Die Idee ist nicht neu, scheint nun aber tatsächlich in die Tat umgesetzt zu werden: Der Europäische Rat hat bei seiner Sitzung im Juni 2009 die EU-Kommission damit beauftragt, bis zum Ende des Jahres 2010 eine Strategie für den Donauroum auszuarbeiten. Ziel ist es, gemeinsame Leitideen für alle Staaten an der Donau zu kreieren, die vor allem die Felder Umwelt, Transport und Ökonomie umfassen. Von Markus Stradner

Als im Jahr 2002 der Donaukooperationsprozess auf Initiative der Anrainerstaaten Österreich und Rumänien aus der Taufe gehoben wurde, war bereits der erste Schritt in Richtung einer gemeinsamen Strategie getan. Die Mitgliedstaaten - neben den Initiatoren gehören auch Deutschland, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Serbien, Rumänien, Bulgarien, Moldau und Ukraine dazu - einigten sich damals darauf, die Beratungen und Prozesse vor allem auf die Bereiche Wirtschaft, Umwelt, Kultur, Tourismus, Schifffahrt/Verkehr und regionale Zusammenarbeit zu konzentrieren. Damit legten sie bereits die Themenpalette für die zukünftige Zusammenarbeit fest. Der damalige österreichische Bundeskanzler Alfred Gusenbauer bekräftigte im Juni 2008 auf seinem letzten europäischen Gipfel nochmals die Forderung nach einer Strategie für den längsten Fluss Europas. Auch wenn die damalige Diskussion deutlich von der von Frankreichs Präsident Sarkozy vorangetriebenen Mittelmeerunion überlagert wurde, fiel ein Jahr danach der Startschuss.

Strategie für den Ostseeraum als Vorbild

Als großes Vorbild für die Donaustrategie wird die Strategie für den Ostseeraum herangezogen, die die EU-Kommission in den letzten Jahren aufgebaut hat. Wie auch in dieser Strategie soll die Strategie der Donau große Projekte in Angriff nehmen, die für den gesamten Raum von Nutzen sind. Der EU-Kommissionspräsident Barroso bekräftigte in einer Rede anlässlich der Geburtsstunde der Donaustrategie vor allem die Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg. „Die Einbindung horizontaler Elemente - Akteure aus verschiedenen Ländern, verschiedenen Sektoren und verschiedenen Institutionen - und vertikaler Elemente mit Akteuren aus der

internationalen, nationalen, regionalen und lokalen Ebene garantieren eine breite Teilnahme an dem Prozess, die unerlässlich ist.“

Zu viel Administration?

Nationale und regionale Politiker loben die geplanten Maßnahmen. Der österreichische Außenminister Spindelegger etwa betonte, dass die Donau ein Fluss sei, der in Richtung Erweiterung fließe und mit Ländern wie Serbien auch Länder umfasse, die

geschaffen werden sollen, sondern, im Gegenteil: eine Effizienzsteigerung der bereits bestehenden Kooperationsmechanismen erreicht werden soll.

Hohe Ziele

Auch wenn die konkrete Ausarbeitung der Strategie noch fehlt, sind die Ziele bereits hoch gesteckt. „Für uns Europäer war die Donau - unser gemeinsamer Fluss - schon immer eines der bekanntesten Symbole, das viele Länder, Regionen und Städte auf



Anfang 2011 soll das Projekt rund um die Donau gestartet werden (Foto: Pixelio)

eine Mitgliedschaft noch anstreben. In die Strategie sollen demnach alle Länder eingebunden werden, die an den Fluss angrenzen. Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg, Wolfgang Reinhart, erwartet wichtige Impulse bei Themen, bei denen eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Nöten ist und nennt als Beispiele Umwelt- und Verkehrspolitik, aber auch die Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Entwicklung.

Nicht ohne Kritik

Erste kritische Stimmen wurden aber auch bereits laut. So wird vor allem bemängelt, dass die Strategie zusätzliche Strukturen in den Regionen schaffen wird, die den administrativen Aufwand erhöhen werden, aber keinen konkreten Nutzen versprechen. Befürworter halten dagegen, dass keine neuen Strukturen

ihrem Weg zum Meer verbindet. Bei der gemeinsamen Vorbereitung der Donaustrategie können wir dieses Symbol nutzen und Vorteile und Verbesserungen der Lebensqualität aller an diesem großen Fluss lebenden Menschen herbeiführen.“ Was Jose Manuel Barroso hier als einen großen Gewinn für die Region hervorhebt, kann gleichzeitig auch die Gefahr für das Projekt bedeuten. Einigkeit herzustellen zwischen einer Vielzahl von EU-Staaten mit unterschiedlichen Kulturen, Wirtschaftsleistungen und einem unterschiedlichen Status wird nicht einfach sein. hinzu kommen noch die Interessen von Staaten, die derzeit in Vorbereitung auf den Beitritt stehen und von Drittstaaten ohne nähere Beitrittsperspektive. Trotz des ehrgeizigen Zeitplans soll das Projekt jedoch bereits Anfang 2011, wenn Ungarn den Rats-Vorsitz übernehmen wird, in seine erste Umsetzungsphase treten.

MOBILE DATENDIENSTE

Mobiltelefone trotz Krise

Apples iPhone, das Blackberry von RIM oder auch das neue Nokia N97 sind nur drei aktuelle Beispiele für Mobiltelefone der so genannten "Smartphone"-Generation. Sie machen es möglich, mit dem Handy nicht nur zu telefonieren oder SMS zu schreiben, sondern auch immer und überall online zu sein, sich das nächste Kino zeigen zu lassen oder auch eMails zu lesen.

Markt wächst stetig

Die Smartphones sorgen dafür, dass eine Sparte der Mobilfunkindustrie einen kräftigen Aufschwung erlebt: Mobile Datendienste. Trotz Wirtschaftskrise wächst der Markt stetig, und es kommen fast monatlich neue Mobiltelefone auf den Markt, die die mobilen Datendienste unterstützen. Der Hightech-Verband "Bitkom" geht davon aus, dass der Markt 2009 und 2010 um 10 Prozent wachsen wird.

Mobil- statt Festnetz

„Immer mehr und immer länger nutzen die Menschen die Möglichkeiten des mobilen Internets“, sagt Friedrich Joussen, Präsidiumsmitglied von Bitkom. Der Trend zeige klar, dass das mobile Internet immer bedeutender werde, sowohl in Europa als auch international. Gerade in Ländern wie Indien oder auf dem afrikanischen Kontinent "wird das mobile Internet der Schlüssel zu Wissen, Wachstum und Wohlstand". Hier werde es für den Zugang zum Internet keine Investitionen in den Aufbau einer Festnetz-Infrastruktur geben, erklärt das Präsidiumsmitglied. Das heißt also, auf Kabel legen soll verzichtet, dafür müssen Sendemasten aufgestellt werden. Wie zum Beispiel die Sahara allerdings mit Sendemasten ausgestattet werden kann, dazu äußerte sich Joussen nicht.

SMS inzwischen überholt

Vor allem mobile Business-Anwendungen für Unternehmen oder Unterhaltungsangebote spielen auf dem Markt eine bedeutende Rolle. Laut Bitkom werden die EU-Bürger für solche Anwendungen dieses Jahr rund 32 Milliarden Euro ausgeben, nächstes Jahr rechnet man schon mit 36 Mrd. „Mobile Datendienste sind die Wachstumschance für die Telekommunikations- und Internetbranche“, so Joussen. Nach Bitkom-Berechnungen seien die Umsätze mit mobilen Internetzugängen und mobiler eMail inzwischen höher als mit SMS und MMS.

Apps als Erfolgsgarant

Im Trend liegen vor allem die Zusatzprogramme, so genannte "Apps" die dem Smartphone-Besitzer zum Beispiel standortbasierte Anwendungen, wie Navi oder Restaurantfinder liefern. Inzwischen gibt es sogar schon ausgereifte Navigationssoftware, die ein Zusatzgerät überflüssig macht. Einen weiteren Auftrieb bekommt der Markt aber auch durch immer günstiger werdende Note- und Netbooks und die sich stetig verbessernde UMTS-Abdeckung.

Fortsetzung von Seite 1

Qualitative Verbesserungen in der Schul- und Ausbildung sorgen dafür, dass sich der Anteil von Jugendlichen mit Hochschulzugangsberechtigung weiter erhöht. Allerdings sind die dualen Berufsausbildungsmöglichkeiten für diese Gruppe gut qualifizierter Schulabsolventen im Vergleich zu Studienangeboten weniger attraktiv. Die Übergangsqoten an Hochschulen steigen.

Schulische Ausbildungen in Vollzeit ohne die Beteiligung von klassischen Ausbildungsbetrieben werden zunehmend akzeptiert und bestehen gleichzeitig neben den betrieblichen Ausbildungsangeboten. Sie ergänzen damit fehlende betriebliche Ausbildungsplätze.

Nach wie vor Verlierer: Jugendliche mit Migrationshintergrund

Im Szenario können die im Übergangssystem (z.B. außerbetriebliche Ausbildung, Berufsvorbereitungsmaßnahmen) vermittelten Qualifikationen von den Jugendlichen nicht mehr verwertet werden. Die Anforderungen des Arbeitsmarktes sind dafür mittlerweile zu hoch. In der Konsequenz verliert das Übergangssystem insgesamt an Bedeutung, und die berufliche Ausbildung flexibilisiert sich zusehends. D.h.: berufliche Ausbildungen werden in einzelne, modulare Abschnitte zerlegt und Teilqualifikationen (z.B. Kenntnisse der Warenpräsentation bei angehenden Kaufleuten im Einzelhandel) flexibel miteinander kombiniert, wodurch sich insbesondere für gering qualifizierte Jugendliche der Einstieg in das Erwerbsleben deutlich verbessert. Allerdings mit Einschränkungen: Die Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund zählt auch 2025 eher zu den "Bildungsverlierern". Die Strukturveränderungen betreffen zwar die Breite aller Jugendlichen, aber die

Gruppe der Migranten wird hiervon nicht profitieren können, weil sprachliche und kulturelle Hindernisse ihre Integration auch in der Zukunft immer noch erschweren.

Was die Forscher für die Zukunft raten

Die Forscher sprechen sich in ihren Empfehlungen z.B. dafür aus, die Hochschulen für beruflich erworbene Kompetenzen stärker zu öffnen als bisher und eine Anerkennung solcher Kompetenzen weiter voran zu treiben. Qualifikationen, die in einer späteren Ausbildung erworben wurden, sollten in einem späteren Studium nicht noch einmal angeeignet werden müssen. Das spart Qualifikations- und Lebenszeit und verhilft jungen Menschen dazu, schneller als bisher aktiv ins Erwerbsleben einzusteigen.



Darüber hinaus gilt: Die berufliche Mobilität der Jugendlichen sollte weiter verbessert werden, denn der demographische Wandel wird sich regional sehr unterschiedlich auswirken - ebenso der Mangel an Fachkräften in unterschiedlichen Branchen.

Hierzu empfehlen die Forscher, Angebote und Strukturen für Jugendliche aufzubauen, mit denen Umzüge in fremde Umgebungen leichter umgesetzt werden können als bisher.

Zum Beispiel durch den Aufbau regionaler

Beratungszentren beruflicher Mobilität, in denen sich Jugendliche umfassend informieren können.

Mittel in die Ausbildungsqualität

Rückläufige Schülerzahlen und eine insgesamt rückläufige Bildungsbevölkerung werden dazu führen, dass umfangreiche Mittel der öffentlichen Hand nicht mehr für die berufliche Bildung aufgewendet werden. Zum Beispiel in der Finanzierung von Ausbildungsstrukturprogrammen.

Gleichzeitig müssen die jungen Leute immer häufiger auf kostenpflichtige Angebote beruflicher Ausbildung und weiterer Qualifizierungen im Erwerbsverlauf zurückgreifen, um eine hochwertige Ausbildung zu erhalten. Daher plädieren die Forscher für die Entwicklung neuer Instrumente zur Finanzierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Die öffentliche Hand sollte frei werdende Mittel zur Sicherung der Qualität und Modernität der beruflichen Ausbildung investieren. Auszubildende und Fachkräfte sollten in die Lage versetzt werden, ihre Aus- und Weiterbildungsbeteiligung zu erhöhen, z.B. durch die Einführung von Bildungskonten auf denen der Staat eine Ersteinlage tätigt.

In diesem Ausblick ist allerdings fraglich, ob Deutschland vor dem Hintergrund der globalen Finanzmarktkrise und Rekordverschuldung tatsächlich frei werdende Mittel aufwenden kann um die Ausbildungsqualität weiter zu verbessern. Wahrscheinlicher ist, dass qualifizierte Bildung - mehr noch denn je - zu einer persönlichen Angelegenheit wird in der jeder Einzelne finanziell, inhaltlich und räumlich Verantwortung übernehmen muss für seinen Bildungsstand und seine Erwerbsmöglichkeiten. HP



IHR STIL.
IHRE WÜNSCHE.
IHR DESIGN.

Hochqualitative Maßanzüge und Hemden zu günstigen Preisen

ANZÜGE AB € 299 HEMDEN AB € 59

Schnelle und bequeme Lieferung
Pass- und Qualitätsgarantie



HERRENSCHMIEDE

Der Anzug nach Maß

Greifswalder Straße 212
10405 Berlin
030 - 4320 4545

service@herrenschmiede.de
www.herrenschmiede.de

KOMMENTAR

von Peter Hördochmal

**Streik: Bildung –
Wissenschaft – Forschung**

Studenten streiken wieder - endlich, sagen viele, die die Reform, verbunden mit den Namen italienischer, portugiesischer Städte nicht verstehen, nur weil sie Deutschland zu internationaler Anerkennung führen sollen. Die bisherigen Abschlüsse, Diplom und Magister, reichen nicht mehr aus, um internationale Anerkennung im akademischen Wettbewerb zu repräsentieren - sagen die deutschen Politiker, landauf und landab.

Die dazu kompetent etwas zu sagen haben - die deutschen Professoren - schweigen, wie sie geschwiegen haben, als der zehn Jahre andauernde Prozess um die Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen eingeläutet wurde. Nun, kurz vor dem Ablauf dieser Zehnjahresfrist, schreien alle auf und beklagen die damit einhergehende Verschulung; von Bachelor-Sklaven ist die Rede. Die alte, humanistische Bildung nach selbstentworfenen, freien Studienplänen wird wieder ans Licht gezerrt. Die Habilitation ist abgeschafft, der Reform geopfert; obgleich gerade von den bildungsstärksten Bundesländern bei den Berufungsverfahren klammheimlich für die Bestenauswahl der Professoren als unverzichtbar gefordert.

Den Politikern so wichtige Fragen einer Reform im Hochschulwesen und in der Wissenschaft überlassen, ist leichtfertig und verantwortungslos. Dies bestätigt der kürzlich gemachte Ausspruch, der in zweiter Amtszeit leider wieder Verantwortung tragenden (?) Wissenschaftsministerin: Sie habe von den Studenten und ihren Forderungen gelernt. Aber was sie gelernt hat, werden wir wohl erst erfahren, wenn auch diese Amtsperiode beendet ist und - so Gott will - sie nicht noch einmal verlängert wird. Denn dann hilft auch kein Streik mehr, sondern nur noch ein Wunder, die Aufgrund des demografischen Wandels geringer werden Zahl der Studenten per Mund-zu-Mund-Beatmung zum Examen zu tragen.

Also wünschen wir dem Streik Erfolg und den dann hoffentlich in Zukunft agierenden Rektoren und Professoren genügend Mittel und Phantasie die Reform zu reformieren.

BILDUNG IN EUROPA

Wo lernt man wie Lernen?

Bildung ist eines der höchsten Kulturgüter der Menschheit. Die Art und Weise jedoch, mit der Kindern und Jugendlichen in Europa Wissen vermittelt wird, unterscheidet sich sehr stark zwischen den einzelnen Staaten. Welche Systeme bringen den Schülern am besten Wissen und Verantwortungsbewusstsein bei? Ein Überblick.

In den Maastrichter Verträgen wurde 1992 geregelt, dass jedes europäische Land sein Bildungssystem selbst gestalten kann. Demnach unterscheiden sich die Schulsysteme stark im Aufbau, der Dauer, den Zugang zu Universitäten und Fachhochschulen sowie in deren Kosten. Es folgt ein Überblick über Deutschland und den Erstplatzierten der letzten PISA-Studie, Finnland.

Deutschland

In Deutschland beginnt die Schulpflicht mit sechs Jahren und endet frühestens mit 15 Jahren. Nach der vierjährigen Grundschule (in einigen Bundesländern wie Berlin: sechs Jahre) wählen die Schüler zwischen der Haupt- und Realschule (fünf bzw. sechs Jahre), der Gesamtschule (sechs Jahre) sowie dem Gymnasium, inklusive optionaler Oberstufe acht bis neun Jahre. Der Abschluss der ersten drei Schulen erlaubt den Beginn einer Berufsausbildung, den Besuch eines Bildungsganges einer beruflichen Schule sowie den Einstieg in die zweite Sekundarstufe des Gymnasiums.

Die allgemeine Hochschulreife berechtigt zum Besuch von Universitäten, Berufsakademien und jeglichen anderen Hochschulen und Fachhochschulen. Erworben wird sie durch das Ablegen der Abiturprüfung in der Oberstufe des Gymnasiums sowie den gymnasialen Oberstufen von Berufskolleg, Fachoberschulen und Berufsoberschulen. Je nach Bundesland variieren dabei die Bezeichnungen und Regelungen. Viele Erwachsene, die schon im Berufsleben stehen, holen ihr Abitur später berufsbegleitend über den zweiten Bildungsweg nach, wobei das Angebot von Abendgymnasien über Kollegschulen bis zum Online-Abitur reicht.

Im internationalen Vergleich

Die bekannteste weltweite Vergleichsstudie ist die PISA-Studie, die seit 2000 alle drei Jahre von der OECD erhoben wird. Die aktuellste Studie stammt vom Jahr 2006 und reiht Deutschland in zwei der drei Kernkompetenzen (Lesefähigkeit und Mathematik) nur im Mittelfeld ein. Die Stärke der deutschen Schüler liegt demnach bei den Naturwissenschaften, wo sie sich auf den achten Platz positionieren konnten und in dieser Disziplin noch vor Österreich und der Schweiz liegen. Das Ergebnis ist erfreulich, da sich Deutschland gegenüber der Studie aus 2003 in allen Punkten verbessern konnte.

Finnland an der Spitze

Zumindest laut PISA liegt der skandinavische Staat bei zwei der drei Kernkompetenzen an erster Stelle, lediglich bei der Lesefähigkeit schnitten die koreanischen Schüler noch besser ab. Damit wird, vor allem im deutschsprachigen Raum, Finnland beziehungsweise das finnische Schulsystem als der „Testsieger“ angesehen, denn in keinem anderen Land der Erde werden die Ergebnisse des internationalen Schülervergleichs derart ideologisch und verbissen bewertet wie in Deutschland. Die Finnen selbst sorgten sich jedoch mehr über die

gravierenden Unterschiede bei der Leseleistung zwischen Schülern und Schülerinnen, denn die Mädchen konnten sich durchweg weit besser positionieren als die gleichaltrigen Jungen.

Die finnische Schulkarriere beginnt mit sieben Jahren und dauert mindestens bis zum 16. Lebensjahr. In dieser Zeit besuchen die Schüler eine Gesamtschule, in denen von der Regierung lediglich Lernziele vorgegeben sind - und keine Stundenpläne. Auch Noten müssen den Kindern erst ab der siebenten Klasse gegeben werden. Welcher Lehrmethoden sich ein Lehrer bedienen will, steht diesem völlig frei. Kontrolliert wird der Lernerfolg allerdings durch regelmäßige statistische Erhebungen. Nach der Gesamtschule folgt wahlweise eine berufliche Ausbildung oder das Gymnasium für die Dauer von jeweils drei Jahren. Wer das Gymnasium erfolgreich abschließt, ist zum Besuch von Universitäten und Fachhochschulen berechtigt.

**Bildung hat hohen Stellenwert -
und seinen Preis**

Die finnischen Ausgaben für Bildung liegen weit über dem Durchschnitt der meisten OECD-Länder. Die Kosten von Schulbesuch, Mittagessen, Schülertransport und Unterrichtsmaterialien werden vom Staat getragen. Bei Bedarf wird eine zweite Lehrperson dem Unterricht hinzugezogen, zusätzlich werden die Schüler von Sozialpädagogen betreut. Auch die Bildungseinrichtungen selbst befinden sich allesamt auf hohem technischen Niveau.

Auffallend ist eine hohe Lesefähigkeit in Ländern, in denen Filme nicht synchronisiert, sondern im Originalton gezeigt werden. Somit ist das Lesen von Untertiteln unverzichtbar, um der Handlung eines Films überhaupt folgen zu können. In Finnland gibt es auch kaum soziale Unterschiede in der Bevölkerung, und die Klassengrößen überschreiten nur selten die 20-Schüler-Grenze. Auch die Auswahl der Lehrkräfte nach deren Studium ist streng: Nur die besten zehn Prozent eines Jahrganges kommen für einen Lehrposten in Frage.

Unglückliche Schüler erbringen tolle Leistungen – PISA-Kritik

Abseits des Schulsystems gibt es Faktoren, die von den PISA-Kriterien nicht berücksichtigt werden und Finnlands Ergebnisse eventuell beschönigen könnten. So ist die Migrationsrate in Finnland mit 0,68 je 1000 Einwohner äußerst niedrig. Länder wie Frankreich, die in den letzten Jahren viele Migranten aufgenommen haben, waren auch in der Lesekompetenz wesentlich schlechter platziert (laut OECD lag die Migrationsrate 2006 bei 1,48; mit Platz 17 im PISA-Ranking liegt Frankreich im unteren Durchschnitt). Weiters ist Alkoholismus unter finnischen Schülern weit verbreitet, und die Selbstmordrate ist eine der höchsten der Welt.

Die PISA-Studie misst also nur die Leistung der Schüler - und trifft keine Aussage über die Lernbedingungen und die Zufriedenheit der Jugendlichen selbst.

AUSLÄNDER REIN!

Erasmusstudenten entern spanische Universitäten

Weltoffenheit als Einbahnstraße. Ausländer bevölkern die spanische Hochschulen, die Spanier geben aber nicht ins Ausland. Eine Fallstudie an der Universität von Málaga

In dem Klassenzimmer in der Geschichtsfakultät der Universität von Málaga fliegen deutsche, englische, französische und italienische Wortfetzen durcheinander. Die junge Dozentin kann sich auf Spanisch kaum Gehör verschaffen, kein Spanier ist unter den Studenten. Es sind alle Erasmusstudenten. Sie gehören zu einer Studentenorganisation, welche zum Ziel hat, Studierende zu einem Auslandssemester zu motivieren. Es ist nicht das erste Mal, dass sich Lorena Paz einer Klasse gegenüber sieht, in der kein Landsmann sitzt. Mehr als 1.300 ausländische Studenten studieren an der Universität Málaga im Universitätsjahr 2008/2009, die Tendenz ist steigend. Die Fakultäten müssen jedes Jahr mit mehr Studenten rechnen und umgehen. Denn Spanier machen sich wesentlich seltener zum Studieren auf den Weg nach Europa.

Nebeneinander – nicht miteinander

Lorena Paz spricht langsam, schreibt die wichtigsten Wörter an die Tafel, damit die Studenten ihr auch folgen können. „Es macht keinen Sinn, den gleichen Unterricht zu halten, ganz als hätte ich es mit regulären Studenten zu tun. Dann wären sie und ich frustriert“, sagt die 30-jährige Doktorandin. Dass die Erasmusstudenten meist in so großen Gruppen auftauchen, sei ein Problem für das Erlernen der Sprache und auch für die Integration. Und ja, auch die fehlende Auslandserfahrung der Spanier mache das Zusammenleben nicht einfacher. „Meistens leben die ausländischen Studenten und die Spanier einfach nebeneinander her“, bedauert Paz.

Im Taubenschlag international

Doch auch wenn die Spanier bei der Initiative, eine Universität im Ausland zu wählen, stark hinter den Nordeuropäern herhinken, auch hier tut sich etwas. „Im Universitätsjahr 2004/2005 waren es nur knapp 300 Malagueños, die den Schritt ins Ausland wagten.“

Im diesem Jahr sind es fast 500“, sagt Maricarmen González, die Koordinatorin der Austauschprogramme der UMA. In ihrem Büro ist der ganze Tag lang der Teufel los. Wenn nicht ein italienischer Student eine Matrikulationsbestätigung braucht, fragt eine Deutsche nach einem Praktikumsplatz oder eine Spanierin will mit Leonardo nach England. „Die Spanier

gehen fast ausschließlich mit Erasmus ins Ausland, die ausländischen Studenten hingegen kommen mit ganz verschiedenen Programmen“, erklärt González. Nicht nur Europäer mögen Málaga, auch Marokkaner forschen hier für ihre Doktorarbeit, Amerikaner und Kanadier absolvieren Sprach- und Kulturkurse am Sprachzentrum.

Mit Leonardo in die Ferne

Teresa del Campo ist eine der spanischen Studenten der UMA, die sich im vergangenen Semester ins Ausland aufgemacht haben. Sie arbeitet gerade in einer schwedischen Produktionsfirma in Stockholm im Rahmen des Leonardo-Programms, das frisch gebackenen Absolventen Praktika im europäischen Ausland vermittelt. Sechs Monate dreht und produziert sie Werbefilme für die Firma. Es ist nicht das erste Mal, dass Teresa in den Norden zum Studieren geht. Vor zwei Jahren hat sie bereits sechs Monate in Lund in Südschweden studiert. „Die Fakultät war viel besser als die in Málaga. Es gab genügend technisches Material für alle und wir konnten alle einen eigenen Film drehen“, schwärmt sie noch jetzt. Schwedisch habe sie zwar nicht gelernt, aber dafür könne sie sich seitdem endlich auf Englisch unterhalten.

Am liebsten nach Italien

Die Informatiker sind diejenigen, die sich in Málaga am häufigsten ins Ausland trauen. „Das kann daran liegen, dass wir weniger Angst haben, uns nicht verständigen zu können. Die Computersprache ist schließlich universal“, sagt Alejandro Paéz Moreno, der gerade aus Sienna, in Italien zurückgekommen ist. Sein Studienfach hat ihm den Schritt erleichtert, aber in den Hörsälen saß er selten. „Es war einfach unglaublich aufregend, und es gab so viel anderes zu tun.“ Am liebsten wäre er noch bis zum Sommer geblieben, aber seine Eltern haben ihn gerufen, das Studien-Ende und die Examen nahten. Italien ist das beliebteste Land bei den Malagueños und bei den Spaniern überhaupt. Die Sprachbarriere ist niedriger, auch die Lebensart ist der spanischen ähnlicher als zum Beispiel die Schwedische.

Deutschland - für Mutige

Nach Deutschland wagen sich

nur die ganz Mutigen. Im vergangenen Jahr waren es gerade Mal 20 Malagueños. Xiomara Narvaez (22) ist eine von ihnen. Der Traum der Psychologiestudentin war immer schon, eine Zeit lang in Berlin zu leben. Vor zwei Jahren buchte sie einen einmonatigen Sprachkurs, um sich langsam an ihr Unterfangen heranzutasten. Vergangenes Jahr entschied sie dann, sich für das Erasmusstipendium zu bewerben. Den Sprachkurs bestand sie mit links, die Konkurrenz war nicht vorhanden. Gerade arbeitet sie an einer Fachhochschule in der deutschen Hauptstadt in einem Kindergarten, um eine Studie zum Verhalten von Kleinkindern zu erstellen. Abends zieht sie durch die Clubs. „Jetzt, wo ich es bisher geschafft habe, ist mein nächstes Ziel, einmal hier aufzulegen.“ Auf Deutsch kann sie sich mittlerweile verständigen, aber wenn in einer Gruppe alle durcheinander reden, verstehe sie kein Wort mehr.

Und nebenbei Flamenco lernen ...

Britta Anrie, 22, schwitzt normalerweise in der Bibliothek der Uni Passau über den Büchern. Das blonde Mädchen studiert Europawissenschaften. In Málaga besucht sie Kurse in Geschichte und Spanisch. „Ich habe mich schnell zurecht gefunden“, resümiert sie die erste Zeit in der Stadt. Natürlich sei es am Anfang schwierig gewesen, den andalusischen Dialekt zu verstehen. Bei der Wohnungssuche war es für Britta deshalb wichtig, mit Spaniern zusammen zu wohnen. Sie hat eine Wohngemeinschaft mit zwei Spanierinnen gefunden und ist „selbst überrascht, wie schnell ich mehr verstehe.“ Mittlerweile haben sich ihre Ohren an die Sprache des spanischen Südens gewöhnt. Sie tanzt sogar zu den zackigen Anweisungen einer spanischen Tanzlehrerin Flamenco. „Das ist richtig anstrengend, macht aber unglaublich viel Spaß“, erzählt die Studentin begeistert.

Wenn das Lexikon nicht weiterweiß, hilft Danny

Auch die 23-jährige Eva Thomas und die 24-jährige Diana Hückelbach teilen die Wohnung mit zwei Spaniern. Beide Mädchen studieren Sonderpädagogik in Köln. Schwierigkeiten bei der Verständigung bemerken weder die deutschen Mädels, noch die

beiden Spanier, Danny und Baldo. Obwohl die beiden kaum ein Wort Spanisch konnten, als sie vor zwei Monaten in Málaga ankamen. Aber sie haben einen „Sprachproblembekämpfer“ an ihrer Seite: Danny war im vergangenen Jahr als Erasmusstudent in Deutschland. Um seine Hilfe sind die Mädchen oft dankbar, wenn das Lexikon nicht mehr weiter weiß. „Wir kochen und essen zusammen, reden und gehen auch mal zu viert weg“, freut sich Eva. „Es ist wie in einer ganz normalen WG.“ „Probleme gibt es eher, weil wir Jungs und sie Mädchen sind“, bestätigt Danny lächelnd.

Deutsche Studenten mit gutem Ruf

Als „sehr gut erzogen, respektvoll und fröhlich“ empfindet Maricarmen Gonzalez die deutschen Studenten. „Sie sind nicht so ernst, wie alle glauben, sondern genießen das Jahr in Málaga sehr.“ Auch Antonio Perles Rochel, der neben seiner Tätigkeit im Büro für internationale Beziehungen Kurse in nordamerikanischer Literatur hält, hat positive Erfahrungen mit Studenten aus Deutschland gemacht: „Sie sind meistens gute Studenten, die den Unterricht mitgestalten.“

„Wir bekommen schon noch mehr Spanier dazu, ins Ausland zu gehen“, sagt Maricarmen González. Ein größeres Defizit sieht die Koordinatorin eher bei den Dozenten als bei den Studenten. Jährlich werden 40 Gastprofessuren ausgeschrieben und im Ausland angeboten, aber bisher haben sich erst sechs Dozenten für vorbereitende Besuche gemeldet, zugesagt hat noch keiner. An die Universität von Málaga will auch kaum ein europäischer Professor kommen. „Da müssen die Professoren ran“, sagt González. „Diese Austausche funktionieren meist nur mit Kontakten.“ Das beste Beispiel ist der rege Kontakt zwischen den Universitäten Passau und Málaga. Nicht nur die meisten deutschen Studenten kommen aus dem bayerischen Städtchen, sondern auch die meisten Gastprofessoren überhaupt. Für das Postgraduierten-Studium Kulturmanagement kommen regelmäßig Experten aus der Abteilung Kulturwissenschaften aus Passau. „Dafür haben wir allerdings nichts gemacht, das waren die Dozenten selber, die sich privat kannten und dann diese Kooperation organisiert haben“, sagt die Koordinatorin.

HINTERGRUND

Das Erasmusstipendium

Seit 22 Jahren ziehen europäische Studenten mit dem Erasmusstipendium ins Ausland. Mehr als eineinhalb Millionen junge Akademiker haben diese Chance bisher genutzt. Ein Blick auf Vergangenheit und Gegenwart des Stipendiums

Das Erasmusstipendium ist ein Stück gelebtes Europa. Rund 150.000 Studenten aus Ländern der Europäischen Union studieren derzeit jedes Jahr mit einem Erasmusstipendium an einer Partneruniversität im europäischen Ausland. Im Jahr 2007 feierte das europäische Stipendienprogramm seinen 20. Geburtstag. Bis dahin hatten eineinhalb Millionen Studenten die Hörsäle ihrer Heimat mit denen der Nachbarländer eingetauscht und sich damit aktiv an der europäischen Integration beteiligt.

Mitte der 80er Jahre, als das Programm das Licht der Welt erblickte, machte den Politikern das fehlende Europegefühl ihrer Bürger zu schaffen. Europa war schlicht ein Gebilde, das auf Zusammenarbeit in Industrie und Handel basierte. Die Politiker überlegten lange, zuerst waren sie ratlos. Der damals 27-jährige Franzose Franck Biancheri, Leiter des Europäischen Studentenforums, gibt den Staatsmännern den entscheidenden Tipp: Die Jugendlichen sind die Zukunft Europas, sie müssen deshalb zu Bürgern Europas erzogen werden. Auslandssemester für alle, war folgerichtig sein Vorschlag. Frankreichs damaliger Präsident François Mitterand war gleich Feuer und Flamme für die

Idee und machte sich in Straßburg und Brüssel für den Austausch stark. Nur wenige Monate später zogen bereits die ersten Studenten mit einem Erasmusstipendium ins Ausland. Doch im ersten Jahr wagten es gerade mal 3000, dieses Jahr waren es etwa 150.000 Studenten.

Die Franzosen belegten den ersten Platz auf dem europäischen Erasmusranking. 220.000 Studenten nahmen das Stipendium wahr. Dicht darauf folgen die Deutschen mit 218.000 Stipendiaten, auf dem dritten Platz liegen die Spanier mit 194.000 Erasmus-Studenten. Spanien ist von Anfang an das beliebteste Land bei den Studenten.

Die EU-Politiker haben mit dem Erasmus-Stipendium Großes vor. Das europäische Pionierprogramm haben sie vor kurzem um die Variante Erasmus Mundi erweitert, mit der die Europäer das neue Gemeinschaftsgefühl auch nach Übersee tragen sollen. In wenigen Jahren sollen 45 Länder weltweit zum Erasmusverbund gehören. Den Europäischen Studenten soll die Welt offen stehen und mit ihnen Europa.

Doch beim genaueren Blick ist der Erfolg des Stipendienprogramms relativ. Nur ein Bruchteil der europä-

ischen Studenten wechselt auf dem alten Kontinent für ein oder zwei Semester an eine ausländische Hochschule. Weil die Universitätssysteme zu unterschiedlich sind, kann man das Auslandsjahr an der Heimatuniversität oftmals nicht anerkennen lassen. Die Studenten stehen vor der Entscheidung zwischen schnellem Studium und Auslandserfahrung. Die Bologna-Hochschulreform sollte zwar mit der Einführung einheitlicher Bachelor-, Master- und Promotionsstudiengänge diesem Missstand abschaffen. Die Realität sind jedoch anders aus. Die zeitlich wesentlich straffer organisierten Studiengänge lassen den Studenten oft gar keine Zeit für ein Auslandssemester. Denn viele überlegen sich zwei Mal, ob sie sich die Vorlesungen in einer anderen Sprache antun wollen.

Nicht nur die schwierige akademische Anerkennung und die Sprachschwierigkeit hemmt viele Studenten, den Schritt ins Ausland zu tun. Die Erasmusstipendien wird seinem Namen nur ansatzweise gerecht. Die finanzielle Unterstützung reicht nicht fürs Leben. Jeder Student soll laut Statuten 150 Euro im Monat bekommen. Wie hoch die tatsächliche Rate für welche Studenten und für welches

Gastland sind, entscheiden 31-Erasmusbehörden der einzelnen Ländern (EU-Mitgliedsstaaten plus Norwegen, Liechtenstein, Island und Türkei). Doch was in Osteuropa für die Miete reicht, ist im Norden Europas nur eine Anzahlung. Studenten aus finanziell benachteiligten Schichten können sich das Stipendium oft schlicht nicht leisten. Insgesamt stehen dem Programm jährlich 450 Millionen zur Verfügung. Davon müssen neben der Unterstützung der Studenten jedoch auch die Studiengebühren an den Auslandsuniversitäten bezahlt werden.

Im Jahr 2006/2007 standen 200.000 Stipendien für die Studenten bereit, nur 160.000 gingen tatsächlich ins Ausland. Dabei hat sich Europäische Union für das kommende 25-jährige Jubiläum des Stipendiums ganz andere Ziele gesetzt. Bis 2012 sollen insgesamt drei Millionen Studenten im Ausland studiert haben, das bedeutet die bisherigen Zahlen sollen verdoppelt werden. Wie die Europapolitiker das schaffen wollen, verraten sie nicht. Die Vorzeichen haben sich nicht verbessert. Und auch mit dem Europegefühl der Bürger ist es 20 Jahren nach der Einführung des Stipendiums nicht vieler besser bestellt.

VF

The African Edition

www.african-edition.de

Eine Nord-Süd-Beziehung der besonderen Art

Die Elfenbeinküste und Deutschland verbindet eine langjährige Beziehung. Kakao und Erdöl sind nach wie vor wichtige Importgüter für Deutschland. Nach dem Ende des Bürgerkriegs 2007 steht das Land nun vor der Herausforderung des Wiederaufbaus und den ersten Wahlen seit neun Jahren. Premierminister Soro besuchte bei seiner Europareise auch Berlin, um Unterstützung zu suchen.

Mittwoch, der 24. Juni 2009. Der Ministerpräsident der Elfenbeinküste, der frühere Rebellenführer Guillaume Kigbafori Soro, ist zu Gast in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin. Der Grund für den hohen Besuch ist die instabile politische Situation seines Landes: Nachdem die größten Unruhen nach dem Bürgerkrieg beendet wurden, steht das wirtschaftlich angeschlagene Land im November 2009 vor den ersten demokratischen Wahlen seit neun Jahren. Neben finanzieller Unterstützung in Form von Investitionen erhofft sich das Land auch beratenden Beistand für den Wiederaufbau des Rechtsstaates.

Derzeitige Situation. 1998 wurde der amtierende Präsident Henri Konan Bédié wegen

dem Einbruch der Kakaopreise und damit verbundenen politischen Unruhen vom Militär gestürzt. Die Folge war eine Spaltung der im Süden des Landes lebenden christlichen Bevölkerung und der im Norden ansässigen ethnischen Minderheiten (Muslime, Protestanten, afrikanische Religionen). Bei neuerlichen Wahlen im Jahr 2000 wurde der Präsidentschaftskandidat Alassane Ouattara wegen seiner aus Burkina Faso stammenden Eltern ausgeschlossen. Es entbrannte eine Debatte über die Identität des "wahren Ivorers", die sich in den folgenden Jahren zuspitzte und 2002 schließlich in einen Bürgerkrieg mündete. Seit dem 4. März 2007 herrscht durch den Vertrag von Ouagadougou wieder Frieden. Dieser Frieden muss nun aber durch freie Wahlen und die Errichtung eines funktionierenden Rechtsstaates gesichert werden. Zu dieser Herausforderung kommt die hohe Verschuldung, die schlechte wirtschaftliche Lage durch den Bürgerkrieg und die weltweite Finanzkrise. Die Verhältnisse sollen aber für die am 29. November 2009 geplanten Wahlen stabil genug sein.

Sicherheit gewährleistet. Bis auf friedliche Auseinandersetzungen wegen ungelöster Fragen der Verwaltung sei die Elfenbeinküste mittlerweile sicher. Als Beispiel für die inzwischen wieder funktionierende Verwaltung nannte Soro die Registrierung von muslimischen Bürgern ohne Ausweispapiere. Jene Bevölkerungsgruppe wurde wegen ihrer ungeklärten Identität von den Wahlen ausgeschlossen, was in weiterer Folge zum Ausbruch des Bürgerkrieges führte. Nun wolle man niemanden mehr wegen seiner Religionszugehörigkeit diskriminieren, was eine umfangreiche Erfassung jener Bevölkerungsgruppe bedeutet. Dieser verwaltungstechnisch komplizierte Ablauf gelinge den Behörden mittlerweile reibungslos – der Bevölkerung sei klar, dass der Erfolg der Wahlen und damit der Frieden im Land auch von einem möglichst vollständigen Wählerverzeichnis abhängt, das Muslime und Christen gleichberechtigt berücksichtigt.

Den kompletten Artikel gibt es unter:
www.african-edition.de

WISSENSCHAFT IN DEUTSCHLAND

Jetzt forschen, später profitieren

Abwrackprämien und Bankenrettungspakete – Deutschland bekämpft die Wirtschaftskrise mit kurzfristigen Methoden. Wie aber will man auf langfristige Herausforderungen wie dem Klimawandel und die alternde Gesellschaft reagieren? Um entsprechend vorzusorgen, muss laut der Veranstaltung „Ideen für Deutschland“ bereits heute vor allem in die Wissenschaft investiert werden.

Können heutige Investitionen in die Wissenschaft eine sichere Zukunft für alle gewährleisten? Ein beinahe bis auf den letzten Platz gefüllter Saal zeigte, dass die Frage auf großes Interesse stößt. In der Landesvertretung Hamburgs trafen sich Vertreter der Parteien zur Debatte um Deutschlands langfristige Zukunft. Die Teilnehmer:

- Prof. Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung (CDU)
- Doris Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur (SPD)
- Krista Sager, Stellvertretende Vorsitzende (Die Grünen)
- Patrick Meinhardt, Bildungspolitischer Sprecher (FDP)
- Dr. Petra Sitte, Forschungs- und technologiepolitische Sprecherin (Die Linke)

Der aktuelle Stand

Deutschland liege nur mehr im oberen Mittelfeld, weiß Dr. H. Vöpel (Foto: HWWI) Dr. Henning Vöpel vom "Hamburgischen WeltWirtschafts-Institut (HWWI)" eröffnete den Abend mit einer aktuellen Situationsanalyse. Deutschland belege zwar momentan in der Innovationsfähigkeit noch den vierten Platz, doch dies werde sich in den kommenden Jahren ändern. Bereits jetzt hat sich der Abstand zu den drei führenden Nationen Schweden, Finnland und Dänemark stark vergrößert. Wichtig ist dabei auch, wie sehr sich die Länder diesbezüglich seit 1999 europaweit verändert haben: dort liegt Deutschland nur mehr im oberen Mittelfeld, an der Spitze befinden sich Länder wie Finnland und Österreich.

Bildung schafft Wissen schafft Wohlstand

Vöpel beschrieb den Zusammenhang von Bildung, Wissen und Wohlstand als ein sich gegenseitig bedingender Kreislauf. Vorhandenes Wissen wird über Ausbildung zu Humankapital, also zu gut ausgebildeten Mitarbeitern, die neue Güter produzieren und auf ihrem Fachgebiet weiterforschen, was wiederum neue Erkenntnisse ermöglicht. Diese Erkenntnisse fließen in besser ausgereifte Produkte und Herstellungsprozesse, was wiederum dem allgemeinen Wohlstand zugute kommt. Das ermöglicht einem wachsenden Personenkreis größeren Bildungszugang. Weiters betonte Vöpel, dass Wissen für viele Unternehmen als Standortfaktor für das Entwickeln von Zukunftstechnologien bereits heute von Bedeutung sei. Mit einem Standort, der in der Nähe entsprechender Universitäten und Forschungsstätten angesiedelt ist, wird ein Unternehmen eher Mitarbeiter finden, die es verstehen, die Spanne zwischen Produktoptimierung und der Serienproduktion zu verkürzen.

Mehr Investitionen nötig

Dennoch würde gegenwärtig zu wenig Geld in Forschung und Wissenschaft investiert werden. Das liegt laut Vöpel daran, dass die Unternehmen nur ei-

gene Erträge aus Forschungsinvestitionen kalkulieren. Der allgemeine Nutzen von Innovationen, der auch den Unternehmen zugute kommt, wird dabei häufig außer Acht gelassen. Außerdem sei die Wirkung von Bildungs- und Forschungsinvestitionen für unternehmerische Kalkulationen leider zu langfristig, um sich in aktuellen Bilanzen unmittelbar niederschlagen. Vor allem für politische Wahlen wie jene des Bundestages im Herbst eignen sich solche Themen nicht – ein schwerer Fehler, wie Vöpel kritisiert.

Was kann die Politik tun?

Der Erfolg von Forschungsprojekten ist ungewiss. Da private Unternehmen nur ungern in ungewisse Projekte investieren, sei der Staat besonders aufgefordert, die Wissenschaft zu finanzieren. Dies könne durch steuerliche Forschungsförderungen geschehen. Unternehmen müssten die Wertschöpfungskette von Innovationen begreifen: wer heute investiert, profitiert morgen durch effizientere Herstellung, gesteigerten Absatz und neue Produkte. Sollte ein Projekt ergebnislos bleiben, kann fortlaufende Unterstützung zu Lernkurveneffekten und damit zum Erfolg führen. Hier könnte ein Informationsminister, der mehrere entsprechende Kompetenzen in einer Person bündelt, nutzbringende Akzente setzen.

Debatte über die Wissenschaft

Nach dem Vortrag diskutierten die Vertreter der Parteien über die Möglichkeiten, Deutschlands Forschungs- und Wissenslandschaft zu optimieren. Schavan (CDU) und Sager (Grüne) möchten die Grundlagenforschung stärken, die CDU will die Forschungsausgaben bis zum Jahre 2015 auf vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen. Ahnen (SPD) setzt vor allem auf die Projektförderung des Bundes, während die FDP die Wissenschaft durch ein Wissenschaftsfreiheitsgesetz insgesamt unabhängiger machen möchte. Man ist sich also einig, dass etwas unternommen werden muss - die Maßnahmen unterscheiden sich jedoch voneinander.

Wissen in die Politik

Ein Informationsminister klingt im ersten Moment zwar begrüßenswert, allerdings bedienen sich Politiker je nach Bedarf ohnehin bei den Experten. Ein einzelner Informationsminister könnte unmöglich alle Fachgebiete abdecken, die Politiker bei ihren Entscheidungen brauchen. Es geht bei dieser Forderung also mehr um ein größeres politisches Gewicht der Wissenschaft in der Politik. Wissenschaftler werden zwar zu Rate gezogen; zur Not kann man ihre Empfehlungen aber auch ignorieren. Dieser Missstand sollte geändert werden, denn Politiker werden die Wissenschaft nur soweit ins politische Geschehen bringen, wie sie ihnen und ihrer Partei auch selbst nützen kann. Ein unabhängiger Rat aus forschenden Fachleuten mit Mitspracherecht wäre somit eine überlegenswerte Alternative.

TERMIN-VORSCHAU

27. und 28. August 2009
Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik 2009.

14. September 2009
Wirtschaftlicher Ausblick der EU. Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquín Almunia stellt in Brüssel aktuelle Daten in einer Pressekonferenz vor. Die Prognose enthält Angaben zum Wirtschaftswachstum und zur Inflation im Jahr 2009 für Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Spanien, die Niederlande und Polen sowie für die gesamte EU und die Eurozone.

14. bis 17. September 2009
Europäisches Parlament. In der ersten Sitzungswoche in Straßburg nach den Sommerferien stehen neue Visaregelungen für die Balkanstaaten, eine Erklärung der Europäischen Kommission zur Sicherheit der Energieversorgung und die Zukunft von José Manuel Barroso auf der Agenda. Nächster möglicher Termin für eine Wiederwahl des EU-Kommissionspräsidenten ist der 16. September.

17. bis 27. September 2009
Internationale Automobil-Ausstellung in Frankfurt. Alle zwei Jahre findet die IAA statt. Die Messe wird am 17. September von Bundeskanzlerin Angela Merkel eröffnet. Über 700 Aussteller werden erwartet. In diesem Jahr werden zahlreiche neue Elektroautos präsentiert, die im kommenden Jahr an den Start gehen sollen. www.iaa.de

17. September 2009
EU-Sondergipfel zur Weltwirtschaftskrise in Brüssel. Bei einem informellen Treffen wollen sich die Staats- und Regierungschefs auf eine gemeinsame Haltung zum G-20-Gipfel in Pittsburgh verständigen.

24. bis 25. September 2009
G20-Gipfel in Pittsburgh. Im Mittelpunkt des Treffens stehen eine Bewertung der bisherigen Maßnahmen gegen die internationale Finanzkrise und eine Abstimmung über das weitere Vorgehen. Außerdem geht es um strengere Regeln für die Aufsicht von Finanzinstituten. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Steinbrück werden an dem Gipfel teilnehmen.

9. November 2009
20 Jahre Mauerfall. Veranstaltungen zum 20. Jahrestag des Mauerfalls in Berlin. Als Höhepunkt beginnt am Abend des 9. November das "Fest der Freiheit,,".

